

21 AOUT 2017

3235



FRAKTION

Herr Mars Di Bartolomeo

Präsident der Abgeordnetenversammlung

Luxemburg, den 21. August 2017

Herr Präsident,

Gemäß Artikel 80 der Geschäftsordnung der Abgeordnetenversammlung bitte ich Sie, nachfolgende parlamentarische Anfrage an den Herrn Premier- und Staatsminister, den Herrn Finanzminister und die Frau Gesundheitsministerin weiterzuleiten.

Gesundheitsministerin Lydia Mutsch hat dem *Tageblatt* letzte Woche bestätigt, dass es konkrete Überlegungen zur Besteuerung von zuckerhaltigen alkoholfreien Getränken, wie etwa Cola, Limonade und anderen Mischgetränke gibt.

In diesem Zusammenhang möchte ich folgende Fragen an die zuständigen Minister stellen:

- Wird die Einführung einer solchen Steuer von der gesamten Regierung geteilt?
- Wenn ja, wann beabsichtigt die Regierung diese Steuer einzuführen?
- Wie viele Länder der Europäischen Union haben in der Vergangenheit eine solche Steuer bereits eingeführt? Wie hoch jeweils war diese Steuer?
- Haben Länder diese Steuer mittlerweile wieder abgeschafft? Wenn ja aus welchen Gründen?
- Wie bewertet die Regierung die Auswirkungen einer solchen Steuer auf den Einzelhandel respektive den HORESCA-Sektor?
- Wie steht die Regierung zu einer a) besseren Kennzeichnung der Lebensmittel oder b) Sensibilisierung der Konsumenten?

Es zeichnet hochachtungsvoll,

Octavie Modert
Abgeordnete



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère d'État



Monsieur
Fernand ETGEN
Ministre aux Relations avec le Parlement
LUXEMBOURG

Luxembourg, le 18 SEP. 2017

Objet : Réponse coordonnée du Gouvernement à la question parlementaire
N° 3235 du 21 août 2017 de Madame la Députée Octavie MODERT au
sujet de la taxe sur les produits sucrés

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur de vous faire parvenir en annexe la réponse à la question parlementaire
N° 3235 du 21 août 2017 de Madame la Députée Octavie MODERT.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, l'expression de ma haute considération.

Le Premier ministre



Ministre d'État

Gemeinsame Antwort auf die parlamentarische Anfrage 3235 der Abgeordneten Octavie MODERT vom 21. August 2017 betreffend der Einführung einer Steuer auf zuckerhaltigen Lebensmitteln.

Die ehrenwerte Abgeordnete stellt eine Reihe von Fragen in Bezug auf das eventuelle Einführen einer Zuckersteuer in Luxemburg, die Ansicht der Regierung und gegebenenfalls den Zeitpunkt dieser Einführung.

Generell gilt, dass die Regierung besorgt ist über die Zunahme von chronischen Krankheiten: Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Fettleibigkeit, Übergewicht, Diabetes 2, Bluthochdruck, Zahnkaries. Zahlreiche Studien zeigen, dass – unabhängig vom Alter – 80% der Herz-Kreislauf-Erkrankungen durch eine gesündere Lebensweise verhindert oder hinausgezögert werden könnten.

Es ist klar nachgewiesen, dass übermäßiger Zuckerkonsum einer der Hauptrisikofaktoren für diese Erkrankungen ist. Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind, mit über 30% der Todesfälle, immer noch die erste Todesursache, vor Krebs.

Luxemburg liegt in puncto Übergewicht im internationalen Vergleich mit 22,6% über dem Durchschnitt (19,5%). (Quelle: OECD (2017), OECD Health Statistic 2017)

Daher analysiert das Gesundheitsministerium alle Möglichkeiten und Instrumente, um die Bürger über eine gesunde Ernährung zu informieren und zu sensibilisieren, um Risikoverhalten entgegenzuwirken und die Situation aus gesundheitspolitischer Sicht zu verbessern.

Im Rahmen des 2. Aktionsplans „GIMB“ („Gesond iessen, Méi bewegen“) geht es der Regierung zuerst darum, ein globales Präventionskonzept auszuarbeiten, Kontakte mit den betroffenen Akteuren herzustellen, sowie die Konsummuster unserer Bevölkerung und die Akzeptanz verschiedener Präventionsmaßnahmen zu prüfen.

Für die Regierung stellt eine isolierte Steuer keine befriedigende Antwort auf die vielen Herausforderungen dar, die sich auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung und der Prävention besonders chronischer Krankheiten, stellen. Dies ist auch die Position der Weltgesundheitsorganisation und anderen internationalen Gremien.¹

Auch will die Abgeordnete wissen, welche Länder eine solche Steuer bereits eingeführt beziehungsweise wieder abgeschafft haben.

¹ p.ex.: “Fiscal policies for diet and the prevention of noncommunicable diseases” (OMS, 2016); “Global Action Plan on the Prevention and Control of NCDs 2013–2020” (OMS, 2016), “Comprehensive Implementation Plan on Maternal, Infant and Young Child Nutrition” (OMS, 2014); “Taxes on Sugar-sweetened Beverages as a Public Health Strategy: The Experience of Mexico” (OMS, 2015); “Using price policies to promote healthier diets” (OMS, 2015); “Ending Childhood Obesity”, (OMS, 2016); “Curbing global sugar consumption: Effective food policy actions to help promote healthy diets & tackle obesity” (World Cancer Research Fund International, 2015).

In 11 europäischen Ländern wurde eine solche Steuer eingeführt beziehungsweise gesetzlich festgehalten: Belgien, Finnland, Frankreich, Ungarn, Lettland, Norwegen, Portugal, Spanien (Region Katalonien), Großbritannien, Irland und Malta. In weiteren 4 Ländern (Estland, Litauen, Bulgarien und Rumänien) befinden sich diesbezügliche Textvorschläge in der Diskussion oder sind kurz davor gestimmt zu werden.

In Norwegen und Finnland waren sehr diverse Produkte von der Steuererhebung betroffen. In diesen Ländern wurde die Zuckersteuer auf Lebensmitteln aufgrund von Vorwürfen betreffend der Wettbewerbsverfälschung zu Lasten verschiedener Lebensmittelhersteller, aufgehoben. Auf gesüßten Getränken wurde sie aufrechterhalten.

In Dänemark wurde die Zuckersteuer 2014 aufgehoben, sowohl auf gesüßten Lebensmitteln wie auch auf gesüßten Getränken, dies um dem Risiko von illegalem Handel entgegenzuwirken.

Zum Schluss fragt die Abgeordnete nach möglichen Auswirkungen auf Einzelhandel oder Horesca, sowie dem Nutzen einer besseren Kennzeichnung und Sensibilisierung.

Die Regierung ist überzeugt, dass die Lebensmittelindustrie den Trend zu einem gesünderen Lebensstil schon längst erkannt hat. So fügen heute bereits mehrere Hersteller aus eigener Initiative weniger Zucker in die Lebensmittel bei oder ersetzen Zucker ganz oder teilweise durch Zuckeraustauschstoffe, dies nicht zuletzt weil die Konsumenten immer gesundheitsbewusster und kritischer werden in Bezug auf ihre Ernährung.

Die Diskussionen über innovative Präventionsmaßnahmen befinden sich bei uns erst in der Anfangsphase. Die Erfahrung in anderen Ländern zeigt, dass die Getränke- und Lebensmittelindustrie durchaus auch eine positive und proaktive Rolle spielen kann. Für das Gesundheitsministerium stehen bei allen Diskussionen mit unterschiedlichen Partnern und Interessenvertretern gesundheitspolitische Aspekte im Vordergrund.

Bessere Kennzeichnung der Lebensmittel und weitere Sensibilisierung der Konsumenten sind für die Regierung unerlässlich.

Die Rolle der zuständigen Ministerien ist es, die Konsumenten zu mehr Eigenverantwortung zu ermutigen.

Jeder Einzelne bleibt natürlich selbst verantwortlich für die Lebensweise, die er schlussendlich für sich wählt.